

Zeitschrift: Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 48 (2001)

Heft: 7

Artikel: Es gilt nun, Gesetze und Organigramme mit Leben zu erfüllen

Autor: Herzig, Mark A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369449>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



FOTOS: M.A. HERZIG

Mit 130 aktiv mitwirkenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern – davon verschiedene aus Partnerorganisationen des Zivilschutzes – war auch der 10. SZSV-Herbsttagung ein voller Erfolg beschieden.

SZSV-HERBSTTAGUNG: DIE UMSETZUNG DES NEUEN ZIVILSCHUTZES

Es gilt nun, Gesetze und mit Leben zu erfüllen

«Der Bundesrat verabschiedet Reform des Bevölkerungsschutzes.» Eine trockene Meldung vom 17. Oktober 2001. Sie bedeutet aber nicht das Ende der Arbeiten zum Beispiel am neuen Zivilschutz. Ganz im Gegenteil. Es gibt zwar andere, aber wesentlich mehr Aufgaben zu erledigen. Wünsche zu Händen der eidgenössischen Parlamentarier zu formulieren – sie werden im kommenden Jahr die Vorlage behandeln – war Hauptziel der Herbsttagung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV) vom 3. November im bernischen Schwarzenburg.

MARK A. HERZIG

Fast wichtiger noch waren die Fragen zur Gestaltung des Übergangs zum schlanken Zivilschutz XXI und zu jenen, die sich Kantonen und Gemeinden als Hauptträger des neuen Verbundsystems stellen. In seiner Eröffnungsrede legte SZSV-Vizepräsident Christian Rey als Ausgangslage für die Arbeiten in den Workshops in einer Art Auslegeordnung die Komplexität des «Systems Sicherheit» dar, worin zwei völlig unterschiedliche Gruppen nach zwei speziellen Weisen wirken sollen:

Zwei Partner-Blöcke

Den einen Block bilden die professionellen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr, öffent-

lichem Gesundheitswesen und technischen Werken. Sie müssen im Kampf gegen die Zeitnot bestehen und tun dies seit Jahren wirkungsvoll – sie müssen in dieser Hinsicht nichts beweisen.

Im zweiten Block finden wir den Zivilschutz, geschaffen, um für eine wesentlich längere Zeitdauer eingesetzt zu werden. Er wird vorab dann gebraucht, wenn weniger Maschinen und viele Hände vonnöten sind.

Die Aufträge der beiden Partnerblöcke sind deshalb fundamental verschieden. Bedürfte dies einer Rechtfertigung, so sehe man sich die Bilder aus den hochtechnisierten USA nach den Terroranschlägen an, wo man veritable Eimerketten – auch wenn die Behälter heute aus Plastik bestehen – im wirkungsvollen Einsatz sieht.

Christian Rey streifte dann die Wünschbarkeit eines zentralisierten Materialeinkaufs, damit dieses günstig und einheitlich beschafft, somit auch über Grenzen hinweg einsetzbar wäre. Damit zusammenhängend, aber noch bedeutender, wäre eine einheitliche Ausbildung: Eine minimale Unité de doctrine muss hergestellt werden, die heutige Mobilität der Menschen (sie wird ja auch von Politik und Wirtschaft erwartet) muss berücksichtigt sein, und beim Einsatz muss einheitlich gehandelt werden. Wenn man auf beiden Seiten des Tunnels die gleiche

Sprache verwende, sei der Einsatz leichter, zitierte Rey Berichte vom Brandgeschehen im Gotthardtunnel. Wenn wir uneinheitlich ausbilden, laufen wir Gefahr, in die Situation wie beim Brand im Mont-Blanc-Tunnel zu geraten, wo die Einsatzkräfte zweier Nationen nicht die gleiche Doktrin verfolgten.

Ungleiches nicht gleich betrachten

Diese Auslegeordnung vieler noch zu lösender Probleme und Detailfragen vertiefte der Walliser Staatsrat Jean-René Fournier – er ist zudem Präsident der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren – aus der Sicht eines Gebirgskantons.

Dass der Bevölkerungsschutz primär Sache der Kantone wird, bezeichnete Staatsrat Fournier als richtig: «...hat sich doch in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Unwetterkatastrophen dieser Grösse auf kantonalen Ebene zeit- und lagegerecht gemeistert werden können – abgesehen einmal von den finanziellen Auswirkungen.»

Die vorgesehene massive Reduktion der Bestände verlange nach angepassten Strukturänderungen, solle der Zivilschutz als glaubwürdiger Partner des Bevölkerungsschutzes gelten, mahnte Fournier eindringlich. Die Gegebenheiten eines Gebirgskantons entsprächen nicht immer denjenigen eines ge-



Martin Widmer orientiert über die geplante Umsetzung im Kanton Aargau.



Karl Widmer: «Im Frühjahr 2002 debattiert das eidgenössische Parlament».



Schlussfolgerungen aus den Workshops: SZSV-Vizepräsident Ulrich Bucher.

Organigramme



Sind ganz Ohr beim Referat von Jean-René Fournier (v. l.): Armin Borner (BZS), Christoph Flury (Kernteam Bev S), Urs Hösli (BZS), Karl Widmer und Martin Haller (beide Kernteam Bev S).

samtschweizerischen Leitbildes. Die Einsätze nach den Unwettern hätten gezeigt, dass neben Maschinen auch viele Hände notwendig sind: «Der Zivilschutz war der Garant dieser Hände, sei es bei Aufräumungs- oder Instandstellungsarbeiten.»

Drei Wochen Grundausbildung

«Der Erfolg jedes Einsatzes hängt von einer guten Ausbildung ab», sagte Fournier. «Weil auch der neue Zivilschutz bei verschiedenen Ereignissen innerhalb von einer bis

vier Stunden einsetzen muss, befürworte ich eine Grundausbildung von drei Wochen.» Dass sich der Bund an dieser Grundausbildung finanziell beteiligen sollte, sei Anliegen der Westschweizer Kantone. Das wäre auch eine Sicherstellung der Bundesaufgabe für den Fall eines bewaffneten Konfliktes, für die Aufwuchsphase also. Die Weiterbildung, die jährlich stattfinden sollte, könne man nach seiner Ansicht stark kantonsspezifisch ausrichten. Für das Wallis würde er in dieser Richtung die Schwerpunkte setzen.

Der neue Bevölkerungsschutz sei als Verbundsystem angelegt, fuhr der Walliser Staatsrat weiter. Viele schöne, in die derzeitige (politische) Landschaft passende Bilder würden präsentiert. Alles aber lasse sich nicht in kurzer Zeit erreichen. Man kenne zum Beispiel die Mittel der Partner in der Regel viel zu wenig, was im Ernstfall zu Zeitverlusten führe.

«Die wohl wichtigste Massnahme des künftigen Bevölkerungsschutzes ist der Einsatz im Verbund. Es wird nicht etwas Neues geschaffen, denn die verstärkte Ausrichtung

«Das Reissbrett und die Wirklichkeit der <Front> haben sich sehr stark angenähert. Jetzt wird uns die Umsetzung der Entwürfe fordern.»

Ulrich Bucher

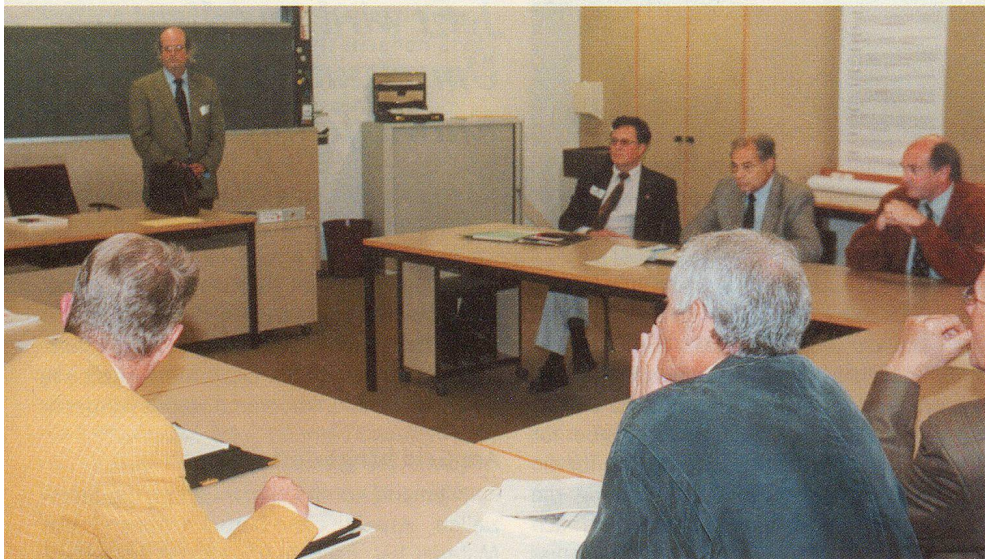
des Zivilschutzes auf Katastrophen und Notlagen hat schon in den früheren Jahren zu einer Zusammenarbeit unter den Partnerorganisationen geführt. Doch diese muss, soll sie im Ernstfall funktionieren, geübt werden.»

Am Geld hängt doch alles

Niemand kommt daran vorbei, die finanziellen Aspekte zu berücksichtigen. Das Material hat, nach Meinung von Jean-René Fournier, eine grosse politische Bedeutung und wird im Parlament gewiss viel zu reden



Hier ist Front-Erfahrung gefragt: Teilweise sehr emotional geführt werden die Diskussionen in den 7 deutsch- und 2 französischsprachigen Workshops über die bei der Umsetzung des neuen Zivilschutzes wichtigen vier Aspekte *Organisation, Personelles, Ausbildung und Schutzanlagen*.



Philippe Giroud, beim BZS für die Schutzbauten zuständig, steht im Workshop 9 Red und Antwort.

geben. «Nach meiner Meinung hat sich der Bund bei der Koordination der Materialbeschaffung weiterhin zu engagieren, dies auch im Sinne eines einheitlichen Erscheinungsbildes des Zivilschutzes. Durch die zahlenmässige Reduktion der Armee sollte es möglich sein, dem Zivilschutz zu günstigen Bedingungen Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Der Zivilschutz muss mobil werden und seine Mittel selber zum Einsatz bringen können. Nur so wird er ein ebenbürtiger Bevölkerungsschutz-Partner.»

Handlungsbedarf sieht Fournier auch noch immer beim Pflichtersatz: «Hier muss eine dem Zivilschutz besser dienende Regelung gefunden werden. Gesetze sind da, um den Vollzug zum Nutzen der Allgemeinheit abzuwickeln, nicht um gute Lösungen zu verhindern.»

Die Workshops...

Einleitende Kurzreferate von Karl Widmer (Chef Kernteam) *Jetzt kommt der Bevölkerungsschutz ins Parlament*, von Martin Widmer (Chef Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz Kanton Aargau) *Organisation auf Stufe Kanton, Region, Gemeinde*, Christoph Flury

Nichts Neues vs. brandaktuell

Das Programm verspreche ja nicht viel Neues, war im Vorfeld der Herbsttagung da und dort zu hören. Die weit über 130 Anwesenden bekamen denn auch viel Bekanntes zu hören, aber häufig unter einem anderen Blickwinkel beleuchtet. Allerdings: Der Entwurf zu einem «Strukturmodell Regionen», wie er aus dem Aargau vorgelegt wurde, war für die meisten Anwesenden brandaktuell. Zudem gab es die Gelegenheit, Standpunkte und Ansichten zuhanden derjenigen zu formulieren, die in naher Zukunft eingreifen werden: eidgenössische Parlamentarier (der Erstrat wird in der Frühjahrsession das Geschäft behandeln), Fachleute, die sich intensiv mit den Verordnungen und Erlassen beschäftigen.

Der Teufel liegt im Detail – ihn gilt es gezielt auszutreiben. Und dazu können durchaus auch persönliche Ansichten und Erfahrungen beitragen. Man sollte den Meinungsaustausch in den so genannten Couloirgesprächen bei Veranstaltungen wie der SZSV-Herbsttagung nicht unterschätzen!

Und noch etwas: Dass hohe Exponenten aus Bund und Kantonen sich an einem Samstag nach Schwarzenburg begaben und dort interessiert mitarbeiteten, wurde allenthalben sehr geschätzt: Beste PR in eigener Sache! *mhs.*

(Kernteam) *Personelles und Rekrutierung*, Urs Hösli (Chef Abteilung Ausbildung im BZS) *Anforderungen an die Ausbildung* sowie von Philippe Giroud (Chef Abteilung Schutzbauten im BZS) *Werterhaltung der Schutzanlagen und Steuerung des Schutzraumbaus* bereiteten die Workshops vor, welche die genannten Themen behandeln sollten.

Die Anforderungen an die Ausbildung umriss Urs Hösli unter anderem mit folgenden Stichworten: «Die Leute kommen selten freiwillig, sie haben Anrecht auf eine hochstehende Ausbildung. Diese soll erwachsenengerecht sein; neue Methoden bis hin zu Simulatoren und zum e-learning müssen eingesetzt werden. Die Ausbildung sollte von zertifizierten Organisationen vermittelt werden und auch mit einem Zertifikat für den erfolgreichen Teilnehmer abgeschlossen werden.» Dass hierzu professionelles Personal notwendig ist, wurde auch zu anderen Gelegenheiten an dieser Tagung festgestellt, seltener aber, dass dies auch etwas mehr kostet. Deshalb umso strikter die Forderung: Keine Ausbildung auf Halde!

... und ihre Ergebnisse

BZS-Direktor Paul Thüring moderierte die Berichterstattung aus den Arbeitsgruppen. Zur Einleitung trat er dezidiert der Meinung entgegen, der Bund stehe sich aus verfassungsmässiger Verantwortung und Aufgabe. Er verwies dabei insbesondere auf die Arbeiten im Bereich Ausbildung: Bis Ende nächsten Jahres sind die Fach-, Einsatz- und

«Auf Ihre Beiträge aus den Workshops bin ich gespannt. Machen Sie Vorschläge, wo Sie Stolpersteine entdeckt haben!»

Paul Thüring

Bedienungsunterlagen zu erstellen. Das sind 25 neue Reglemente. Für die Durchführung der Kurse sind total 65 verschiedene Ausbildungsunterlagen neu zu erarbeiten, inklusive Klassenlehrerordner mit Unterrichtsstoff und -hilfen.

Forderungen von der Front

Aus den neun Workshops kamen zum Teil heftige Forderungen an die Behörden, insbesondere hinsichtlich Bundesengagement (Übernahme der Grundausbildung, Materialbeschaffung usw.). Ebenso wurden Befürchtungen laut, zumindest beim Übergang zum neuen (Rekrutierungs-)System würde der Zivilschutz schlecht berücksichtigt, oder hinsichtlich des Pflichtersatzes bzw. der Wehrgerechtigkeit.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen gingen sowohl an das Kernteam Bevölkerungsschutz zuhause als auch an den Schweizerischen Zivilschutzverband. Dessen Vizepräsident Ulrich Bucher übernahm es, ein erstes Fazit aus der interessanten Herbsttagung und aus den Forderungen der Basisvertreterinnen und -vertreter des Zivilschutzes zu ziehen:

Je weiter östlich, desto föderalistischer

«Die Umsetzung sanft steuern – aber subito!» Diese Forderung aus einer Arbeitsgruppe treffe in Wortwahl und Aussage gut unseren Weg und unser Ziel, das eine zu tun und das andere nicht zu lassen, meinte Ulrich Bucher. Zweifel an der Opportunität, beim Zivilschutz von «zweiter Staffel» zu sprechen, trägt er mit. Nicht nur, dass der Ausdruck unglücklich sei, sondern auch die Aussage stimme nicht immer – der Zivilschutz kann je nach Art und Grösse des Ereignisses durchaus auch mal Ersteinsatzelement sein. Die Zusammenarbeit unter den Partnern müssten

diese weitestgehend selber in die Hand nehmen und aufeinander zugehen.

Vizepräsident Bucher konnte auch anhand dieser Workshopresultate grundsätzlich verschiedene Philosophien orten: «Je weiter man in der Schweiz nach Osten kommt, umso föderalistischer werden die Lösungsansätze. In der Westschweiz hingegen zählt man eher auf Bundeslösungen.»

Und – nochmals das liebe Geld: zeitweise sei er sich wie in einem Finanzseminar vorgekommen. Dabei sei es eigentlich weniger wichtig, woher das Geld komme. Es müsse nur soviel sein, dass der Zivilschutz sicher operieren und seine Aufgaben erfüllen könne. Ob das Material via Bund oder durch eine andere zentrale Stelle kostengerecht und einheitlich eingekauft werde, sei dabei weniger entscheidend. Von den Politikern forderte Bucher Klarheit in der Zielsetzung und kein Spiel mit verdeckten Karten. □



Angeregte Diskussion vor und nach dem Mittagessen:

Christian Rey, Vizepräsident SZSV, und Dominique Gaillard, Walliser Sektionspräsident (links, Foto oben), im Gespräch mit Staatsrat Jean-René Fournier.

Willy Loretan, ehemals Ständerat und Zentralpräsident des SZSV, und sein Gegenüber Ulrich Bucher.

